BIOKREIS-PRESSEMITTEILIUNG

Deutschland als Nettozahler muss den Brüsseler Vorschlag zur Agrarförderung nachbessern

GAP-Studie: 500-Millionen-Euro-Lücke zur Honorierung von Umweltleistungen ab 2028

Berlin, 24. Juni 2026. Vor der morgigen Ministerpräsidentenkonferenzveröffentlichte der Bio-Spitzenverband Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) eine neue Analyse zu den Auswirkungen der Vorschläge der EU-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028. Am Beispiel der Förderung des Ökolandbaus zeigt die Studie: Bund und Länder müssten in der kommenden Förderperiode zwischen 500 und 700 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen, damit die bisherigen GAP-Mittel für Umweltleistungen vollständig genutzt werden können. Würden sämtliche Agrarumweltprogramme berücksichtigt, läge der Finanzbedarf noch deutlich höher.

Auslöser der Mehrkosten ist die geplante Anhebung des nationalen Kofinanzierungsanteils für Agrarumweltmaßnahmen von bislang 20 auf künftig 30 Prozent. Allein im Jahr 2031 müssten Bund und Länder dadurch rund 100 Millionen Euro zusätzlich aufbringen. Über die gesamte Förderperiode 2028 bis 2034 summieren sich die zusätzlichen nationalen Ausgaben auf 500 bis 700 Millionen Euro.

Nach Einschätzung der Studie sendet der Kommissionsvorschlag widersprüchliche Signale: Zwar sollen die Mitgliedstaaten mehr Mittel für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen einsetzen, gleichzeitig werden sie stärker an deren Finanzierung beteiligt. Die allgemeinen Direktzahlungen hingegen sollen weiterhin vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Studienautor Lakner bewertet dies als problematischen Anreiz zugunsten pauschaler Flächenprämien, die vergleichsweise wenig zur Erbringung gesellschaftlicher Leistungen beitragen. Das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" werde dadurch geschwächt. Insgesamt sei der Vorschlag daher gegenüber der bisherigen GAP ein Rückschritt.

Tamira Zöller, politische Referentin Biokreis e.V., kommentiert:

„Deutschland als Nettozahler muss dringend Brüssels Pläne korrigieren! Als Nettozahler – das heißt, dass Deutschland mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlt, als es daraus zurückerhält - muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass es für Umweltmaßnahmen nicht zweimal zahlt. Was die Förderung von Umweltleistungen auf Äckern und Weiden angeht, macht der GAP-Entwurf erhebliche Rückschritte.

Die Bio-Nachfrage wächst: Die Leute wollen Bio, am liebsten aus der Region. Dass die Mitgliedstaaten für den Schutz ihrer Umwelt künftig deutlich mehr auf die GAP drauflegen sollen, ist ein schlechter Deal. Umweltleistungen dürfen nicht vom finanziellen Spielraum der Haushälter abhängig sein, sonst droht ein ruinöser Wettbewerb nach unten. Ohne eine faire Honorierung der nachhaltig wirtschaftenden Höfe wird die Rechnung später um ein Vielfaches höher: für Wasseraufbereitung,

Klimaschäden oder den Schwund der Bestäuber. Für Landwirtinnen und Landwirte, die nachhaltig wirtschaften, sollte es einfacher werden und nicht umgekehrt.

Die Bundesregierung muss sich jetzt in Brüssel einsetzen und die Entwürfe verbessern. Es braucht ein festes Budget für Gemeinwohlleistungen"

Die Studie finden sie hier: 260624_Lakner_Auswirkungen_des_GAP-Reformvorschlags.pdf

---

Pressekontakt

Anna Birkl

Biokreis e.V. | Donauweg 1 | 94034 Passau
Tel.: 0851-75650-100
presse@biokreis.de

Aus ♥ zur Natur, zum Tier und zur Region

Der ökologische Anbauverband Biokreis steht seit 1979 für regionale, vertrauensvolle Netzwerke, für Tierwohl und handwerkliche Lebensmittelverarbeitung im Einklang mit der Natur. Unsere Mitglieder sind Akteur:innen aus Landwirtschaft & Imkerei, Verarbeitung & Handel sowie überzeugte Verbraucher:innen. Gemeinsam gestalten wir kreativ und konsequent ökologischen Landbau.
biokreis.de

Copyright © Biokreis e.V. | All rights reserved